



# Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft

## Kreisverband Offenbach-Land im Landesverband Hessen

### Resolution

der GEW-Vertrauensleute der Schulen im Kreis Offenbach, beschlossen in der  
GEW-Vertrauensleutekonferenz am 18.05.2022.

## Schulen am Limit - keine Besserung in Sicht

**Die Lehrkräfte der Schulen im Landkreis Offenbach gehen unter dem Druck der stets steigenden Anforderungen immer mehr über die Grenzen ihrer Belastbarkeit hinaus. Die Entwicklung der letzten Jahre gibt ihnen wenig Hoffnung.**

Die Aufgaben der Lehrerinnen und Lehrer umfassen schon immer mehr als die alleinige Vermittlung von Wissen und Kompetenzen. Dies entspricht nicht nur dem gesellschaftlichen Bild des Lehrberufs, sondern auch unserem eigenen professionellen Selbstverständnis.

Allerdings nehmen die pädagogischen, erzieherischen und sozialen Anforderungen, die an die Kolleginnen und Kollegen gestellt werden, seit Jahren in massiver Weise zu. Immer mehr Kinder zeigen herausforderndes soziales Verhalten sowie ein beeinträchtigtes Leistungsvermögen, oft bedingt durch psychische Probleme. Die Corona-Pandemie der letzten zwei Jahre hat diese Entwicklung in einem unglaublichen Maße potenziert.

Bislang werden die aus dieser Situation resultierenden Belastungen für die Lehrkräfte vom Kultusministerium weitestgehend ignoriert.

Im Gegenteil:

- Es werden von den Schulen strittige - häufig unsinnige - Schulentwicklungsprojekte in gewohntem Maße abverlangt.
- Wirkungslose Vergleichsarbeiten und Lernstandserhebungen werden ungemindert eingefordert.
- Bestehende Dokumentationspflichten werden trotz lange angekündigtem Bürokratieabbau aufrechterhalten oder sogar ausgeweitet.
- Unterstützungsmaßnahmen im Rahmen der Inklusion an den Regelschulen werden durch Verordnungen auf ein Minimum reduziert, häufig aber auch durch bürokratische Anforderungen ganz verhindert.
- Klassengrößen werden erhöht.

So entsteht an den Schulen derzeit eine hochproblematische Situation.

Durch die massive Arbeitsverdichtung wird die seelische und körperliche Gesundheit der Lehrkräfte akut gefährdet, was nicht selten zu längeren Ausfällen führt. Bekanntermaßen können wegen des Fachkräftemangels langzeiterkrankte Lehrerinnen und Lehrer nur ganz selten angemessen ersetzt werden.

Eine professionelle Unterrichtung und Betreuung der Schülerinnen und Schüler kann nicht mehr in allen Fällen gewährleistet werden.

Dass das System Schule derzeit am Limit arbeitet und die bestehende Situation nicht mehr lange aufrecht zu erhalten ist, zeigen uns folgende Indizien:

- Die Zahl der Kolleginnen und Kollegen, die Teilzeit beantragen, um unter Lohnverzicht dem schulischen Druck standzuhalten, steigt kontinuierlich an. Die aktuelle Aufforderung des Kultusministeriums an die Teilzeitkräfte, ihre Stundenzahl aufzustocken, um die aus der Ukraine geflohenen Schülerinnen und Schüler zu unterrichten, kann unter diesen Umständen nur als zynisch bezeichnet werden.
- Schulleitungs- und Funktionsstellen bleiben oft lange Zeit unbesetzt, da sich wegen der hohen Arbeitsbelastung keine Bewerberinnen oder Bewerber finden. Nicht selten werden besetzte Leitungsstellen nach kurzer Zeit wieder zurückgegeben.
- Der ohnehin bereits bestehende Lehrkräftemangel wird sich so noch weiter verschärfen, da der Beruf des Lehrers/der Lehrerin von jungen Menschen zunehmend als unattraktiv wahrgenommen wird. Im Grundschulbereich kommt noch erschwerend hinzu, dass ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer aus nicht nachvollziehbaren Gründen immer noch eine ganze Gehaltsstufe niedriger bezahlt werden als die Lehrkräfte an anderen Schulformen (A12 anstatt A13)

Es handelt sich hierbei keineswegs um eine neue Entwicklung. Trotz jahrelangem lautem gewerkschaftlichem Protest ist bei den verantwortlichen Stellen kein Umdenken zu erkennen. Vielmehr ist zu befürchten, dass die durch Corona verschärfte Situation sich noch weiter zuspitzt.

**Vor diesem Hintergrund fordern wir als GEW-Vertrauensleute an den Schulen des Kreises Offenbach den hessischen Kultusminister Lorz dringend dazu auf, seine Verantwortung und Fürsorgepflicht wahrzunehmen, und zwar durch**

- eine deutliche und dauerhafte Reduzierung der Pflichtstundenzahl!
- eine spürbare Reduzierung der Klassengrößen!
- den Verzicht auf wirkungslose Zusatzbelastungen wie Vergleichsarbeiten und Lernstandserhebungen!
- eine spürbare Entlastung für Sonderaufgaben in Form von einer Erhöhung der Schuldeputate!
- Bürokratieabbau!
- höhere unterrichtswirksame Zuweisungen z. B. im Rahmen der Inklusion!
- die Etablierung multiprofessioneller Teams an hessischen Schulen!
- die unbürokratische Anerkennung und Vergütung der in der Coronazeit geleisteten Mehrarbeit, die durch gleichzeitigen Präsenz- und Distanzunterricht entstand!
- eine Eingangsbesoldung nach A13 für ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer an Grundschulen, auch, um den Beruf attraktiver zu machen!
- eine umgehende Ausweitung der Studienplatzangebote zum Erwerb des Lehramts sowie Erweiterung der Ausbildungsplätze an Seminaren, insbesondere in Mangelbereichen wie an den Grundschulen, Förderschulen und Beruflichen Schulen!

**Unsere Arbeitsbedingungen sind die Bildungsbedingungen der Schüler\*innen!**

Für die Vertrauensleuteversammlung: